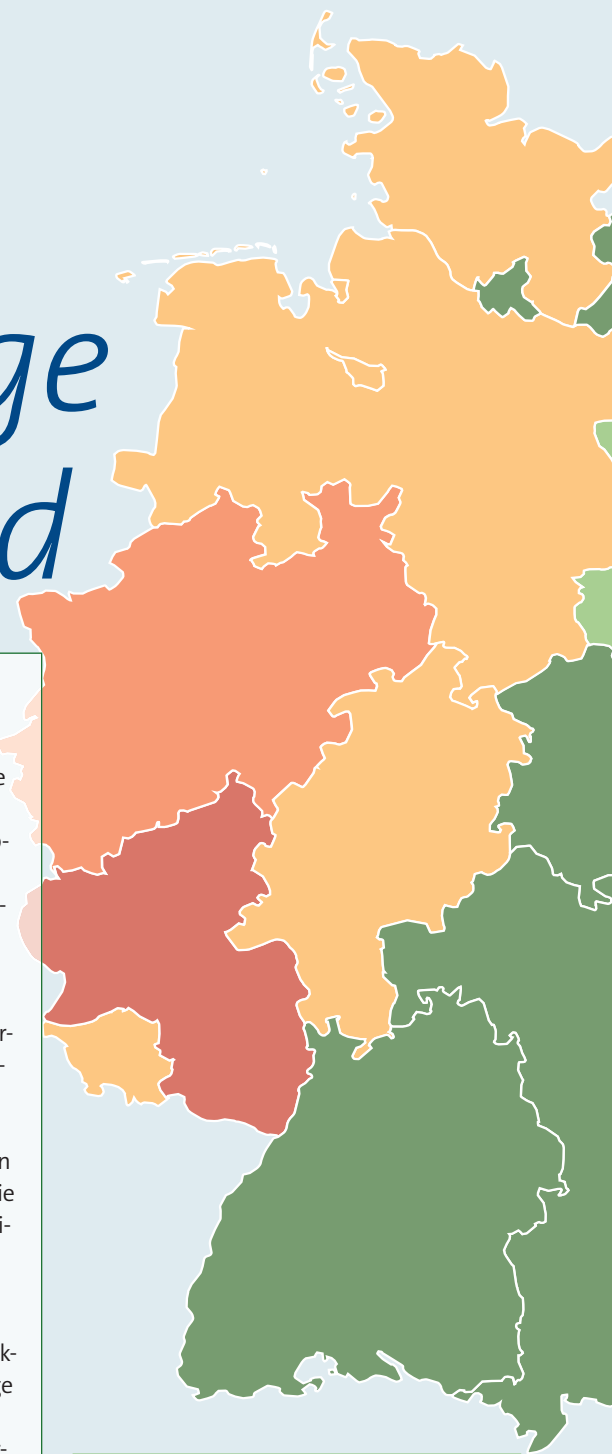


Straßen- ausbaubeiträge in Deutschland



Ausbaubeiträge werden nicht erhoben

Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg wurden noch nie Straßenausbaubeiträge erhoben. Städte und Gemeinden erhalten vom Land pauschale Zuweisungen für den Bau, Um- und Ausbau von Gemeindestraßen von insgesamt über 30 Mio. Euro. Bemessungsgrundlage zur Verteilung der Landesgelder ist die Gemeindefläche.

Bayern

Bayern schaffte die Straßenausbaubeiträge rückwirkend zum 1. Januar 2018 ab. Bis dahin nahmen die Städte und Gemeinden im Freistaat jährlich rund 60 bis 65 Mio. Euro ein. Zur Entschädigung für den Einnahmeausfall können die Gemeinden Anträge beim Land stellen. Im Haushaltsjahr 2020 liegt der Kompensationsbetrag aus der Landeskasse bei 150 Mio. Euro, im Vorjahr waren es bereits 100 Mio. Euro. Im Ergebnis werden damit die Gemeinden finanziell bessergestellt und die Bürger zugleich entlastet.

Berlin

Für die Bundeshauptstadt spielen die Anliegerbeiträge historisch keine große Rolle. Im Jahr 2006 wurde ein Straßenausbaubeitragsgesetz verabschiedet. Mit dem war es aber schon im Jahr 2012 wieder vorbei, als der damals rot-schwarze Senat die Ausbaubeiträge abschaffte. Innerhalb von fünf Jahren wurden in der Hauptstadt nur rund 624.000 Euro für den Ausbau von Straßen vereinnahmt. Dem standen jedoch Erhebungskosten von fast 340.000 Euro gegenüber – mehr als die Hälfte der Ausbaubeiträge versickerte in der Bürokratie. Die Abschaffung war daher nur folgerichtig.

Brandenburg

Im Juni 2019 wurden die Ausbaubeiträge von der rot-roten Koalition in Brandenburg rückwirkend zum 1. Januar 2019 abgeschafft. Die Kommunen werden mit rund 31 Mio. Euro aus der Landeskasse finanziell entschädigt.

Hamburg

Unter einem von SPD und Grünen geführten Senat wurden die Straßenausbaubeiträge im Jahr 2016 abgeschafft. In der Hansestadt überstiegen die Erhebungskosten jahrelang die Einnahmen. Insofern wurden mit der Abschaffung nicht nur die Bürger entlastet, sondern auch der städtische Haushalt.

Mecklenburg-Vorpommern

Gemeinsam haben CDU und SPD in Mecklenburg-Vorpommern die Ausbaubeiträge rückwirkend zum 1. Januar 2018 abgeschafft. Im Gegenzug wurde die Grunderwerbsteuer um einen Punkt auf sechs Prozent erhöht. Die daraus erwarteten Mehreinnahmen von etwa 30 Mio. Euro im Jahr sollen an die Kommunen als Kompensation für die Ausbaubeiträge weitergereicht werden.

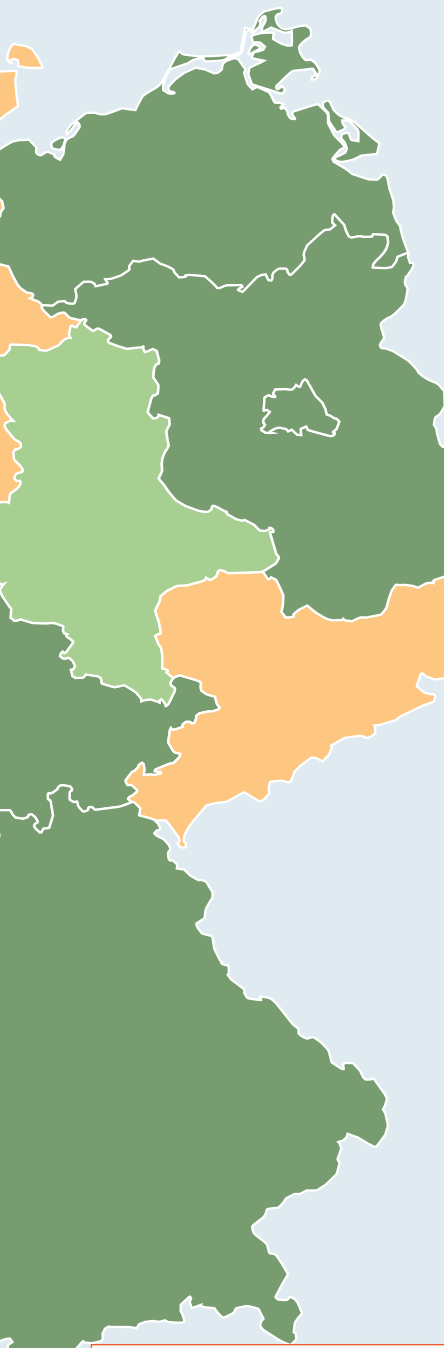
Thüringen

Im September 2019 wurden von der rot-rot-grünen Koalition in Thüringen die Straßenausbaubeiträge abgeschafft – und zwar rückwirkend zum 1. Januar 2019. Den Kommunen werden die entgangenen Einnahmen auf Antrag voll erstattet. Das bisherige Beitragsaufkommen in dem Freistaat lag im langjährigen Durchschnitt bei knapp 24 Mio. Euro.

Abschaffung der Ausbaubeiträge ist besiegelt

Sachsen-Anhalt

Seit November 2019 ist sich die Dreierkoalition aus CDU, SPD und Grünen in Sachsen-Anhalt prinzipiell einig: Die Straßenausbaubeiträge werden komplett abgeschafft. Allerdings konnten sich die Regierungsfractionen noch nicht auf den Zeitpunkt verständigen. Rückwirkend zum 1. Januar 2020 oder doch erst zum 1. Januar 2021? Das soll in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2020/2021 geklärt werden.



Ausbaubeiträge sind den Kommunen freigestellt

Bremen

Im Bundesland Bremen ist die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen über eine Kann-Vorschrift gestattet. Das führt zur kuriosen Situation, dass die Stadt Bremen auf Ausbaubeiträge verzichtet, wohingegen die Stadt Bremerhaven jene erhebt. Eine Änderung ist derzeit nicht absehbar.

Hessen

Im schwarz-grün regierten Hessen stehen die Straßenausbaubeiträge unter schwerem Beschuss. Als Konsequenz wurde zumindest im Jahr 2018 aus der Soll-Vorschrift zur kommunalen Erhebung eine Kann-Vorschrift. Allerdings geht der Kampf weiter, da die oppositionellen SPD, AfD und Linkspartei zusammen mit dem Steuerzahlerbund fortgesetzt für die Abschaffung streiten. Zu Zeiten der Soll-Vorschrift lag das hessische Gesamtaufkommen bei rund 40 Mio. Euro im Jahr. Laut Presseberichten hat sich bereits jede vierte Kommune von den Ausbaubeiträgen verabschiedet.

Saarland

Mit etwas Verspätung hat die Diskussion um die Straßenausbaubeiträge auch das Saarland erreicht – allerdings mit verkehrten Vorzeichen. Denn zunächst war von der schwarz-roten Landesregierung angedacht, den Kommunen die Wahlfreiheit zur Beitragserhebung zu streichen und Ausbaubeiträge verpflichtend einzuführen. Doch dieser Schuss ging nach hinten los.

Niedersachsen

In Niedersachsen ist es den Kommunen freigestellt, ob sie Ausbaubeiträge erheben wollen oder nicht. Über ein Drittel der niedersächsischen Städte und Gemeinden erhebt keine Ausbaubeiträge mehr. Zwar wurde eine landesweite Abschaffung heftig diskutiert. Zu einer kompletten Abschaffung wollte sich die Große Koalition von SPD und CDU aber noch nicht durchringen. Stattdessen hat sich die Landesregierung Ende 2018 darauf verständigt, dass die Stundungsmöglichkeiten zugunsten der betroffenen Abgabenzahler großzügiger gestaltet und die kommunalen Zinssätze gesenkt werden.

Sachsen

In Sachsen gibt es derzeit keine große Debatte zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. So sind die Kommunen im Freistaat nicht zur Erhebung verpflichtet – und eine überwältigende Mehrheit von rund 80 Prozent der Städte und Gemeinden tut es auch gar nicht.

Schleswig-Holstein

Ende 2017 hat die schwarz-grün-gelbe Landesregierung von Schleswig-Holstein die Kommunen von der Pflicht befreit, Straßenausbaubeiträge zu erheben. Inzwischen sollen laut Presseberichten bereits 80 Prozent der Städte und Gemeinden im nördlichsten deutschen Bundesland auf die Ausbaubeiträge verzichten.

Das Land übernimmt die Ausbaubeiträge der Bürger teilweise

Nordrhein-Westfalen

Im schwarz-gelb regierten Nordrhein-Westfalen hat der Steuerzahlerbund eine Volksinitiative gegen die Ausbaubeiträge gestartet und rund eine halbe Million Unterschriften gesammelt! In der Landespolitik hat das mächtig Eindruck gemacht, auch wenn es bislang nicht zur Komplett-Abschaffung der Ausbaubeiträge gereicht hat. Doch rückwirkend zum Stichtag 1. Januar 2018 können die betroffenen Bürger auf eine Halbierung der Kosten hoffen. Alle Bauvorhaben, die vor 2018 beschlossen wurden, werden nach der alten Regelung abgerechnet. Die NRW-Kommunen nehmen jährlich gut 120 Mio. Euro an Ausbaubeiträgen ein, so dass die Bürger um rund 60 Mio. Euro aus der Landeskasse entlastet werden.

Ausbaubeiträge müssen ohne Abstriche erhoben werden

Rheinland-Pfalz

Mittlerweile ist Rheinland-Pfalz das einzige deutsche Bundesland, dass auch zukünftig Ausbaubeiträge ohne jeden Abstrich verpflichtend von den Kommunen erheben lassen will. Die Diskussion um die Abschaffung der Ausbaubeiträge wurde vor über einem Jahr vom Steuerzahlerbund und Haus & Grund gestartet. Mittlerweile haben sich CDU, AfD und Linkspartei die Forderung zu eigen gemacht – eigentlich auch die FDP, welche aber als Partner der regierenden Ampel-Koalition die Politik der Beitragsbefürworter von SPD und Grünen mitträgt. Im Januar 2020 kündigten die Ampel-Fraktionen eine Reform an: Bis Ende 2023 sollen die einmaligen Beiträge weitgehend durch wiederkehrende Beiträge ersetzt werden. Allerdings bleibt der Beitragszwang erhalten und das Land beteiligt sich auch nicht an den Anliegerbeiträgen. Doch ob dieser Plan die Landtagswahl 2021 überleben wird, darf bezweifelt werden.